



„Die Finanzkrise hat deutlich gezeigt, dass die Finanzmärkte kaum in der Lage sind, vernünftige Zukunftsinvestitionen zu tätigen“, sagt der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger. FOTO: DPA

Interview:
Schuldenbremse

Schwäbische Hausfrau taugt nicht als Maßstab



Peter Bofinger,
Wirtschaftsweiser und Professor
für Volkswirtschaft, Würzburg

Peter Bofinger, Volkswirtschaftler aus Würzburg, ist so etwas wie das gewerkschaftliche Gewissen im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Wirtschaftsweiser lehnt die Schuldenbremse im Grundgesetz ab und warnt davor, Schuldenbremsen in Landesverfassungen aufzunehmen, wie dies in Baden-Württemberg geplant ist.

Staatsanzeiger: Jahrzehntlang haben Deutschlands Politiker Schulden angehäuft. Dann ist ihnen ein Licht aufgegangen und sie haben eine Schuldenbremse ins Grundgesetz geschrieben. Was ist falsch daran?

Peter Bofinger: Das Problem der Schuldenbremse ist, dass sie dem Staat die Möglichkeit nimmt, Mittel am Kapitalmarkt aufzunehmen, um damit zukunftssträchtige Investitionen durchzuführen. Insofern ist die Schuldenbremse eine völlig pervertierte Antwort auf die Finanzkrise. Die Finanzkrise hat deutlich gezeigt, dass die Finanzmärkte kaum in der Lage sind, mit den Mitteln, die man ihnen gibt, vernünftige Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Riesige Ersparnisse sind so vernichtet worden.

Der Staat versucht, zumindest seine Finanzen wieder in den Griff zu bekommen. Das ist doch aller Ehren wert.

Nein. Die Konsequenz, die gezogen wurde, heißt: Jetzt darf der Staat nicht mehr für die Zukunft tätig sein. Denn Schuldenbremse heißt ja: Der Staat darf keine Defizite mehr machen, selbst wenn er investiv tätig wird. Das ist ein gravierender Fehler. Der Sachverständigenrat hat sich für die Schul-

denbremse ausgesprochen. Aber er hat gesagt: Selbstverständlich muss der Staat für Investitionen Schulden machen. Das ist die goldene Regel der Finanzpolitik. Und gegen diese goldene Regel der Finanzpolitik verstößt die Schuldenbremse. Das ist der Ausdruck eines vollständigen ökonomischen Versagens der Politik.

Was empfehlen Sie stattdessen? Das Problem der Schulden lässt sich doch nicht einfach wegdiskutieren.

Solange Schulden zu Investitionen führen, habe ich kein Problem damit. Wenn die öffentliche Hand Zukunftsinvestitionen tätigen will, deren Rendite höher ist als die Zinsen am Kapitalmarkt, dann soll sie das tun. In Straßen, in Umwelt, in Bildung. Diese Möglichkeit hat man dem Staat genommen. Man hat in den Kategorien der schwäbischen Hausfrau gedacht, wo man eigentlich in den Kategorien der schwäbischen Unternehmerin hätte denken müssen.

Aber auch die schwäbische Unternehmerin wird eines Tages ihre Schulden zurückzahlen.

Nein. Private Haushalte müssen ihre Schulden zurückzahlen, weil Menschen irgendwann sterben und keine Schulden vererben wollen. Unternehmen und Staaten sterben nicht. Insofern gibt es überhaupt keinen Grund, die Verschuldung auf null zurückzuführen. Bei einem Menschen geht die Leistungskraft im Laufe des Lebens zurück. Dann sollte er idealerweise auch die Schulden abgebaut haben. Unternehmen werden nicht alt. Die meisten Schulden in Deutschland sind Unternehmensschulden. Und niemand würde auf die Idee kommen, diese

auf null zurückzuführen. Die Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen liegt bei 25 Prozent.

Hat die Überschuldung von Staaten wie Griechenland nun in eine Krise geführt oder nicht?

Das ist wie bei Unternehmen: Man muss es vernünftig tun. Deswegen kann auch nicht die Konsequenz sein, dass Unternehmen keine Schulden mehr machen dürfen. Das Problem ist, dass die Schuldenbremse von Juristen formuliert wurde, die von Ökonomie keine Ahnung haben.

Sie warnen davor, die Schuldenbremse in die Landesverfassung von Baden-Württemberg zu schreiben. Was soll stattdessen geschehen?

Ich würde einen Zukunftsrat gründen, der darüber wacht, was an Zukunftsinvestitionen getätigt wird. Der müsste immer erst angehört werden, wenn die Politik plant, Kredite aufzunehmen oder Steuern zu senken.

Grün-Rot argumentiert in gewisser Weise ähnlich wie Sie. Finanzminister Nils Schmid weist regelmäßig darauf hin, dass er Geld für Infrastrukturinvestitionen zurücklegen muss und deshalb mehr Zeit braucht als andere Länder, um die Nullverschuldung zu erreichen. Findet diese Vorgehensweise Ihre Zustimmung?

Die Schuldenbremse brauchen wir nicht, die Investitionen schon. Die Frage ist doch: Wie bekommen wir die 150 Milliarden Euro unter, die die Deutschen pro Jahr sparen? Wo sind die Anlagen dafür? Der deutsche Staat könnte doch sagen: Ich mache ein paar vernünftige Investitionen. Die bringen unsere Wirtschaft voran. Die steigern unser Bruttoinlandsprodukt. Dafür

nehme ich euer Geld. Dann stehen wir in 30, 40 Jahren besser da. Und dann habe ich überhaupt kein Problem damit, die erforderlichen Zinsen zu zahlen. Denn wegen der gesteigerten Wirtschaftsleistung steigt die Schuldenstandsquote nicht, die die Staatsverschuldung in Relation zur Wirtschaftsleistung abbildet. Wo kommen wir denn hin, wenn der Staat das nicht macht? Bei einem Prozent Zinsen brechen die gesamte Altersvorsorge und die Lebensversicherungen zusammen. Die deutschen Sparrer bekommen schon jetzt so gut wie keine Zinsen mehr.

Muss man nicht fürchten, dass Bürger, wenn die öffentliche Hand Schulden macht, dasselbe tun? Oder anders gefragt: Wäre es nicht allein schon aus psychologischer Sicht sinnvoll, wenn ein Staat so handeln würde wie die sprichwörtliche schwäbische Hausfrau?

Die Privatleute bekommen doch kein Geld, solange sie keine Sicherheiten vorweisen können. Da passen die Banken schon auf. Und die deutschen Privathaushalte sind ohnehin sehr konservativ. Da spielt auch die protestantische Verantwortungsethik eine Rolle.

Sie raten Staaten, sich nicht von den Finanzmärkten treiben zu lassen. Können es Staaten einfach ignorieren, wenn ihre Währung Achterbahn fährt oder wenn sie keine Kredite mehr zu bezahlbaren Konditionen bekommen?

Nein. Aber sie brauchen es, wenn sie groß genug sind, erst gar nicht dazu kommen lassen. Die Tatsache, dass die Weltwirtschaft noch läuft, haben wir Staaten wie Großbritannien, Japan und den USA zu verdanken, die in ihrer eigenen Währung verschuldet sind und die unabhängig von den Finanzmärkten eine vernünftige Politik machen können. Die haben kräftige Notenbanken und müssen sich von den Finanzmärkten nicht in die Ecke drängen lassen. Das Problem der Euro-Länder ist, dass sie diese Unabhängigkeit nicht mehr haben.

FDP will Nullverschuldung bereits 2016 erreichen

Im Landtag von Baden-Württemberg wird nicht über das Ob, sondern über das Wie einer Schuldenbremse gestritten.

Dabei plädiert Grün-Rot für einen flachen Abbaupfad. Finanzminister Nils Schmid (SPD) will bis 2020 bis zu 6,4 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Der Opposition ist das nicht ambitioniert genug. FDP-Fraktionschef Hans-

Ulrich Rülke etwa schlägt eine Neuverschuldung von 3,2 bis 3,4 Milliarden Euro bis 2016 vor. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat jedoch einer beschleunigten Einführung eine Absage erteilt. Um die Schuldenbremse in die Landesverfassung zu schreiben, braucht Grün-Rot zumindest die Zustimmung der CDU.

Das Gespräch führte
Michael Schwarz